



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Buchheim, Karl: Liberale Sammlung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Liberaler Sammlung

Von Dr. Karl Buchheim



Die Arbeitsgemeinschaft der Liberalen in Bayern hat auf einem Vertretertage einen Beschluß gefaßt, der die Einigung des gesamten deutschen Liberalismus nach dem Kriege für notwendig erklärt. Die Resolution lautet (nach der „Hilfe“ Nr. 21 vom 25. Mai 1916): „Die Liberale Arbeitsgemeinschaft in Bayern ist der festen Überzeugung, daß der deutsche Liberalismus aus dem Weltkriege als eine große geschlossene liberale Partei hervorgehen muß, wenn er den Einfluß auf die politische Ausgestaltung des neuen Deutschen Reiches nicht verlieren will. Die Arbeitsgemeinschaft ist sich aber klar darüber, daß eine solche Einigung nur dann möglich ist, wenn alle Schwierigkeiten organisatorischer und programmatischer Art durch gütliche Vereinbarung zwischen den bestehenden liberalen Parteiorganisationen aus dem Wege geräumt werden. Sie richtet daher an alle liberalen Organisationen im Reiche, in den Bundesstaaten und in den einzelnen Gemeinden das dringende Ersuchen, überall Einrichtungen (Arbeitsgemeinschaften) zu schaffen, die es den verschiedenen liberalen Organisationen jetzt schon ermöglichen, zu allen dem Liberalismus gemeinsamen Fragen auch gemeinsam Stellung in den öffentlichen Körperschaften zu nehmen. Nur dadurch wird es möglich sein, überflüssige Reibungsflächen im politischen Leben zu beseitigen und dem Sehnen weiter liberaler Kreise gerecht zu werden, die in einer Verschmelzung des gesamten Liberalismus das unabwiesbare Gebot der Stunde erblicken.“

Man darf gespannt sein, an wieviel Stellen unseres öffentlichen Lebens sich Hände regen werden, um diesen Beschluß in die Tat umzusetzen. Bestimmte sachliche Gründe, warum eine Verschmelzung der liberalen Parteien notwendig sein soll, vermißt man. Aus dem Wortlaut des Beschlusses spricht nur das durch den Krieg auch auf diesem Gebiete vermehrte Einheitsbedürfnis

und offenbar das Gefühl, es möchte dringend wünschenswert sein, den ungeheuren Aufgaben der kommenden Friedenszeit mit einer möglichst großen und starken Partei entgegenzutreten. Ob aber das Programm und die Parteigeschichte die Einigung wirklich als notwendig und fruchtbar erscheinen lassen, steht auf einem ganz anderen Blatte. Man ist zwar gewohnt, die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei unter der gemeinsamen Firma „Liberaler Parteien“ zusammenzufassen. — Eine geschichtliche Prüfung dürfte es aber zweifelhaft erscheinen lassen, ob die beiden Parteien heute noch auf dem Boden einer gleichen politischen Grundanschauung stehen.

Der deutsche Liberalismus ist in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts entstanden, aus einer bestimmten und zwar zunächst negativen Disposition des politischen Willens, nämlich der Überzeugung, daß die überlieferte absolutistische oder landständische Staatsordnung zu beseitigen oder wenigstens fortzubilden sei. Erst in zweiter Linie meldete sich das Bedürfnis, an die leere Stelle ein neues politisches Ideal zu setzen. Dieses sah von vornherein nicht bei allen Liberalen gleich aus. Einige bauten es sich aus den Gedanken der Romantik und des historischen deutschen Rechtes auf, aber die meisten gingen bei den westeuropäischen Staatsphilosophen in die Schule und übernahmen die Ideen des Parlamentarismus. Bekanntlich ist der parlamentarische Gedanke nach schweren Kämpfen bei uns nicht durchgedrungen, sondern der bestehende deutsche Staat repräsentiert eine besondere Form des Konstitutionalismus ohne parlamentarische Regierungsweise. Die Vorfahren der heutigen Nationalliberalen und Fortschrittler haben in erster Linie deshalb getrennte Wege eingeschlagen, weil die einen mit der Realität des Bestehenden frühzeitig Frieden machten, während die anderen ihrem theoretischen Gewissen folgten und in Opposition blieben. Heute haben derartige staatsrechtlich begründete Gegensätze stark an Bedeutung verloren, weil statt dessen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen den breiten Raum des politischen Lebens beherrschen. Solange nur staatsrechtliche Meinungsverschiedenheiten die Liberalen spalteten, konnte man immerhin, trotz der vorhin angedeuteten, bereits von Anfang an nicht ganz einheitlichen geistesgeschichtlichen Herkunft der liberalen Ideen, beiden Richtungen die gleiche Grundanschauung zubilligen. Das ist aber im Laufe der letzten zwanzig Jahre anders geworden, und zwar insbesondere durch die Entwicklung der alten Freisinnigen Partei zur heutigen Fortschrittlichen Volkspartei. Wenn jemand vor zwanzig oder noch besser vor fünfundzwanzig Jahren nach dem leitenden Geist in dieser Parteigemeinde gefragt hätte, so hätte man ihm nur einen Namen nennen dürfen: Eugen Richter. Wird aber heute diese Frage gestellt, so kann man mit gutem Grund auch fast nur einen nennen: nämlich Friedrich Naumann. In diesen beiden Namen spricht sich der ganze große Gegensatz aus. Eine Partei, die sich heute von Friedrich Naumann ihr geistiges Rüstzeug schmieden läßt, muß eine ganz andere geworden sein als die, die einst von Eugen Richter beherrscht wurde.

Raumann ist als ein Fremder und keineswegs als ein politisch unbeschriebenes Blatt ins liberale Lager gekommen. Er kam aus konservativer Umgebung. Auf Stöckers Spuren war er vom theologischen Beruf aus ins politische Leben gelangt, und er hatte seine ganze reiche christlich-soziale und national-soziale Vergangenheit hinter sich, als er sich nach dem Fehlschlag seiner eigenen Parteigründung der damaligen Freisinnigen Vereinigung anschloß. Er brachte dieser an sich nicht sehr bedeutenden Gruppe ein großes Programm. Aber es war kein liberales Programm, sondern das Ziel eines nationalen, ja imperialistischen Sozialismus, genau dasselbe, das Raumann vorher durch selbständige Parteibildung angestrebt hatte. „Demokratie und Kaisertum“ ist ja die Formel, mit der er immer besonders gern sein politisches Ideal umschrieben hat. Für diese Formel hat er erst die Freisinnige Vereinigung und nach der von ihm und seinen Anhängern besonders geförderten linksliberalen Fusion die ganze nunmehrige Fortschrittliche Volkspartei gewonnen. Wo etwa noch Widerspruch in der Partei lebendig war, dürfte er unter dem Einfluß des Krieges stark abgenommen haben. Dafür spricht die ganze Atmosphäre der Zeit. Denn unsere wirtschaftliche Kriegsorganisation enthält ein gut Stück Geist vom Geiste jenes imperialistischen Sozialismus, und unser siegreiches Heer ist ein ungeheurer demokratischer Apparat mit monarchischer Spitze. Die Formel „Demokratie und Kaisertum“ wird vielen glänzend bewährt erscheinen, und schon hat es Raumann verstanden, mit dem Schlagwort „Mitteleuropa“ ein über die Grenzen des Nationalstaates hinausweisendes einleuchtendes Kriegsziel anzugeben, das der politischen Friedensarbeit einen vergrößerten Raum zuweist und geeignet ist, manche Gegensätze mehr national und mehr international gerichteter sozialistischer Gedanken auf einer mittleren Linie auszugleichen. Es ist kaum ein Zweifel, daß die Partei, die Raumann zu den Ihren zählt, nach den Erfahrungen der Kriegsperiode noch weit williger seinem Geiste folgen wird als vorher.

Aber es ist ebensowenig zweifelhaft, daß die Fortschrittliche Volkspartei, je mächtiger Raumanns Gedanken in ihr werden, desto mehr auch aufhört, noch auf liberalem Boden zu stehen. Denn wenn man nicht überhaupt jeden bestimmten Inhalt des Begriffs „Liberal“ aufgeben will, dann ist es ganz sicher, daß Raumanns nationaldemokratischer Sozialismus kein Liberalismus ist. Er hat ja selbst, als er noch unbefangen war, für die Seinen die Parteibezeichnung „Nationalsozial“ gewählt, also ein Wort, dem der Begriff „Liberal“ fernliegt. Daß Liberalismus das gerade Gegenteil zu allem Sozialismus sei, haben ganz besonders die Vorfahren unserer heutigen Fortschrittler fester geglaubt als irgend jemand. Und auch der wissenschaftliche Betrachter wird niemals Klarheit in den Wirrwarr der deutschen Parteigeschichte hineinbringen, wenn er nicht eine scharfe Scheidung zwischen dem liberalen und dem demokratischen Ideal vornimmt. Denn er weiß, daß die alten Liberalen der vor-märzlichen und der Reichsgründungszeit bei aller Opposition gegen die herr-

schenden Gewalten in nicht minder schroffem Gegensatz zu allen demokratischen Strömungen standen. Nicht die Liberalen haben das allgemeine gleiche Wahlrecht für das neue Reich verlangt, sondern Bismarck hat es gegen ihre Meinung eingeführt, weil er sich von ihm konservative Wirkungen versprach. Natürlich darf man nun nicht meinen, daß deswegen auch die heutigen Liberalen geheime Gegner des allgemeinen Wahlrechts wären oder eigentlich sein müßten. Sie sind überzeugt, daß dieses und noch manches andere demokratische Zugeständnis eine Notwendigkeit ist. Auch wenn mehr oder weniger sozialistische Institutionen auf diesem oder jenem Gebiete notwendig sein sollten, so wird sie der Liberalismus gutheißen können. Nicht darin besteht das unliberale Moment, daß man demokratische oder sozialistische Einrichtungen im einzelnen Falle anerkennt. Der sachlichen Notwendigkeit und der vaterländischen Pflicht wird sich eine gute liberale Politik stets ehrlichen Herzens beugen, so wie sich die Nationalliberalen einstmals vor dem Werke Bismarcks gebeugt haben. Aber da wo demokratische und sozialistische Politik zur grundsätzlichen Programmforderung wird, wo sie aufhört, Mittel zu sein und selber Zweck wird, da hört der Liberalismus ganz selbstverständlich auf. Das ist bei Naumann der Fall, und je mehr sein Einfluß steigt, desto mehr hört die Fortschrittliche Volkspartei auf, eine liberale Partei zu sein, und wird eine demokratische und sozialistische Partei.

Wie gesagt besteht keine Aussicht, daß nach dem Kriege die unliberale Entwicklung der Fortschrittler aufhören werde. Im Gegenteil liefert der Krieg vielfach Wasser auf die Mühlen der Naumannschen Ideen. Um so weniger ist einzusehen, welche gute Frucht eine Vereinigung dieser Partei mit den Nationalliberalen bringen sollte, so wie es die bayerischen Liberalen gern haben möchten. Großblockoptimisten könnten vielleicht hoffen, die Nationalliberalen würden auch für die demokratischen Grundsätze zu gewinnen sein, zumal wenn man ihnen dafür, — was Naumann ohne weiteres tun könnte, — auf imperialistischem Gebiete Zugeständnisse machte. Dann käme allerdings eine einheitliche Partei zustande, aber es wäre keine liberale Partei mehr, sondern eine nationaldemokratische oder nationalsozialistische. Nun sind jedoch innerhalb der Nationalliberalen Partei die Elemente, die ein grundsätzliches Bekenntnis zur Demokratie ablehnen, nach wie vor so stark und können sich so sehr auf das Wesen und die Vergangenheit ihrer Partei als einer liberalen berufen, daß eine Entwicklung in Naumanns Sinne nicht wahrscheinlich ist.

Sie ist auch außerhalb des nationalliberalen Parteistandpunktes nicht wünschenswert. Denn Naumanns Nationaldemokratie geht einer großen Gefahr entgegen, die in der Entwicklung der Sozialdemokratie begründet ist. Solange diese Partei sich in allen nationalpolitischen Fragen im wesentlichen negativ verhielt, vertrat Naumann den berechtigten besonderen Typus der nationalen Demokratie gegenüber der Partei der internationalen Demokratie. Es ist nun heute schon als leicht möglich anzuerkennen, daß die Sozialdemokratie nach dem Kriege eine fortschreitend positive Haltung zu den nationalpolitischen und aus-

wärtigen Fragen gewinnen wird, besonders wenn es zur wirklichen Abstößung des radikalen linken Flügels kommen sollte. Dann wird der Naumannschen Partei eine an Straffheit und Popularität längst überlegene Organisation mit einem ähnlichen, aber radikaleren Programm an die Seite treten. An demokratischer und sozialistischer Konsequenz werden Naumanns Anhänger die Sozialdemokratie niemals überbieten, und der natürliche Konservatismus der Massen wird ihr immer den Vorzug geben. Ein Mann, dem es so sehr auf die Sache ankommt wie Naumann, mag sich über diese Aussicht vielleicht nicht grämen. Ihm macht es schließlich nicht viel aus, ob die eigene Partei oder die Sozialdemokratie die Formel „Demokratie und Kaisertum“ zum Siege führt, wenn sie nur überhaupt zur Herrschaft gelangt. Aber für liberale Männer, die also nicht grundsätzlich Demokraten sind, macht die Möglichkeit, ins Fahrwasser der dann allerdings nationalisierten Sozialdemokratie einzulaufen, die Gefahr des Untergangs des alten liberalen Ideals überhaupt deutlich. Wohl werden demokratische und sozialistische Zugeständnisse notwendig sein. Aber soweit sind wir doch noch nicht, daß der alte Liberalismus ganz zugunsten demokratischer und sozialistischer Grundsätze abdanken müßte. Je mehr die Fortschrittliche Volkspartei auf dem Wege ist, ihre liberalen Grundlagen zu verlassen, um so weniger aussichtsreich erscheinen Pläne, die auf eine Verschmelzung mit den Nationalliberalen abzielen.

Man wird allerdings einwenden, daß in Bayern durch die Arbeitsgemeinschaft die Verschmelzung schon vorbereitet, und wie der Beschluß auf dem jüngsten Vertretertag beweist, dort für möglich und wünschenswert gehalten wird. Aber die Verhältnisse liegen in Bayern gerade ganz anders als sonst im Reiche. In Bayern werden Nationalliberale wie Fortschrittler bestimmt durch den gemeinsamen Gegensatz gegen das allein herrschende Zentrum. Das Stärkeverhältnis der Parteien ist derart, daß das Zentrum alle Macht in den Händen hat, und daß in dieser Zwangslage alle Gegensätze zwischen liberalen und demokratischen Ansichten geringfügig erscheinen. Diese Parteikonstellation bedingt auch, daß die Fragen der Kulturpolitik stärker in den Vordergrund treten, und das ist ein Gebiet, wo Liberale und Demokraten viele gemeinsame Ziele zu haben pflegen. In dieser besonderen Lage kann allerdings eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern leicht gedeihen und weiter gehende Hoffnungen erwecken. In den übrigen Bundesstaaten und im Reiche aber nimmt das Zentrum nirgends eine derart überragende Stellung ein wie in Bayern, ist also auch nirgends für die Liberalen schlechthin der zu bekämpfende Gegner. Nur einer unfruchtbaren einseitigen Kulturkampfstimmung könnte das so erscheinen. Betrachtet man die parteipolitische Lage im Gesamtreiche, so wäre es vielmehr entschieden zu beklagen, wenn die Liberalen gerade im Zentrum ihren Hauptgegner erblicken wollten. Das Anschwellen des grundsätzlichen Demokratismus und sein Überhandnehmen in den Reihen wenigstens der einen der bisher liberalen Parteien erscheint als die weitaus größere Gefahr,

der gegenüber diejenigen Liberalen, die nicht mit zu den demokratischen Prinzipien übergehen wollen, gerade im Zentrum Bundesgenossen finden könnten. Der Liberalismus steht seinem Wesen nach in der Mitte zwischen den konservativen und den radikalen Elementen. Auch das Zentrum enthält viele mittelparteiliche Bestandteile, die nur ehemals durch die Kleindeutsche Reichsentwicklung und die Kulturkampfpolitik aus dem Lager des Liberalismus hinausgedrängt worden sind. Man möchte gern hoffen, daß der Krieg die Stimmungen der Reichsgründungszeit, das Mißtrauen gegen die Katholiken und ehemaligen Großdeutschen endgültig überwunden habe.

Auch der demokratische Gedanke wird nach dem Kriege sein Recht finden, wo er notwendig und am Platz ist. Aber eine grundsätzlich demokratische Politik soll nicht zur Herrschaft gelangen. Im Kampf gegen diese kann auch der Liberalismus nicht fehlen, wenn er an seinen alten Grundanschauungen festhalten will. Dann aber wäre es ihm nicht möglich, sich bayrische Verhältnisse zum Muster zu nehmen. Insbesondere die kulturpolitischen Scheuklappen wären zum Kampf mit dem demokratisch-sozialistischen Hauptgegner nicht dienlich. Nebenbei bemerkt könnte es vielen Liberalen überhaupt nichts schaden, wenn sie endlich einmal eine etwas positivere Stellung zu den religiösen und kirchlichen Fragen gewännen.

Diese Zeilen sind unter der Voraussetzung geschrieben, daß viele Liberale, insbesondere Nationalliberale, nach wie vor eine grundsätzliche Demokratisierung Deutschlands nicht für erstrebenswert halten. Trifft diese Voraussetzung zu, dann ist die Resolution der bayerischen Liberalen, die eine Verschmelzung der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen vorzubereiten wünscht, ein Fehlschlag und zeugt nicht gerade von Einsicht in die wirkliche parteipolitische Situation und vor allem in die parteigeschichtliche Entwicklung, auf der die gegenwärtige Lage beruht. Mag Friedrich Naumann darauf rechnen, daß sich die Sozialdemokratie weiter nationalisiert, dann kann vielleicht auf dieser Grundlage die große nationale demokratische Linke ins Leben treten, die er erhofft. Die Liberalen aber sollten jetzt erst recht darauf halten, zwischen sich und dem demokratischen Prinzip eine deutliche Grenzlinie zu ziehen, wenn überhaupt der liberale Gedanke zwischen den Extremen von rechts und links am Leben bleiben soll.

